

1. Ehrenpräsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V.



Die Bundeswehr – vom Sparzwang befreit

Auswirkungen eines nach oben offenen Sondervermögens

Mit einer Ankündigung von historischer Tragweite hat Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Regierungserklärung den sicherheitspolitischen Kurs Deutschlands neu justiert: Die Bundeswehr solle zur stärksten Armee Europas werden

- ausgestattet mit allen finanziellen, personellen und strukturellen Mitteln, die es dafür brauche. Im Verlauf der kommenden Haushaltsjahre soll das Diktat von US-Präsident Trump nach fünf Prozent Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) umgesetzt werden, davon 1,5 Prozent für Infrastruktur. Die Ära haushaltspolitischer Zurückhaltung ist damit Geschichte. Donald Trumps unverhohlene Drohungen haben gewirkt.

So überfällig es ist, der äußeren Sicherheit unseres Landes angesichts der Weltlage eine angemessene Priorität einzuräumen, so sehr sind die Folgen dieser Neuausrichtung Deutschlands in ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht in den Blick zu nehmen. Was bedeutet diese Kehrtwende in der Praxis? Und ist mehr Geld gleichbedeutend mit mehr Sicherheit?

Grundlegende Haushaltsregeln des sparsamen Umgangs mit Steuergeld dürfen jedenfalls nicht über Bord gehen. Der ausgeglichene Haushalt als Regulativ gilt aber nun mal nicht mehr, Ausgaben werden leichter von der Hand gehen. Ein aktuelles Beispiel macht bereits die Runde: Es sind die zwei Milliarden Euro, die Kanzler Merz mir nichts dir nichts für Patriot-Systeme zugunsten der Ukraine zugesagt hat. Donald Trump stellte deren Lieferung in Aussicht, verweigerte aber die Bezahlung. Friedrich Merz sagte telefonisch die Übernahme der amerikanischen Rechnung zu, während Macron und andere mauerten. Das Scheckbuch, eine verführerische Problemlösung, an die man sich rasch gewöhnen kann. Geld ist ja erst mal genügend da!

Der deutsche Verteidigungshaushalt soll jedenfalls bis zum Jahr 2029 auf 153 Milliarden Euro steigen. So wurde es in der ersten Lesung des Wehretats im Bundestag beschlossen. Einhergehen wird dies mit einem drastischen Anstieg der Neuverschuldung des Bundes auf 126 Milliarden Euro in 2029.

Das „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro war damit nur ein erster, angesichts der neuen Zahlen bescheidener Schritt. Dabei hat sich Deutschland bisher selbst damit schwergetan, die NATO-Zielmarke von zwei Prozent BIP-Anteil zu erfüllen, weil alle anderen Ministerien geblockt haben und der Regierungschef nicht eingegriffen hat. Der Sozialetat steigt auch bei der schwarz-roten Regierung munter weiter. Ergo blieb nur



Richard Drexler

Foto: Angie Ehinger

